

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerdigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für die Lebensmittelpresse. Preisliste für Anzeigen aus dem Erzgebirge. Preisliste für Anzeigen in der Provinz. Preisliste für Anzeigen in der Provinz. Preisliste für Anzeigen in der Provinz.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 267

Dienstag, den 17. November 1925

20. Jahrgang

Die Beschlüsse der Botschafterkonferenz.

Räumung Kölns am 1. Dezember.

Paris, 14. Nov. Der amtliche Bericht über die Sitzung der Botschafterkonferenz lautet: Infolge der Mitteilungen, welche die Botschafterkonferenz von der deutschen Regierung erhalten hat, trat sie heute nachmittag um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Im Verlauf dieser Sitzung hat die Konferenz beschlossen, noch heute abend eine Note an die deutsche Regierung zu richten. In der sie die Änderungen bekanntgibt, welche die Alliierten im Regime der besetzten Rheinlande eintreten zu lassen gewillt sind. Andererseits hat die Botschafterkonferenz Kenntnis von den Antworten der deutschen Regierung hinsichtlich der noch strittigen Entwaffnungsfragen genommen und ist zu der Ansicht gelangt, daß diese Mitteilung geeignet ist, nunmehr zu ernsthafte zur Räumung der Kölner Zone zu schreiten. Die Botschafterkonferenz hat deshalb beschlossen, den 1. Dezember als den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem diese Räumung beginnen wird. Die Botschafterkonferenz hat dem deutschen Botschafter sofort von ihrem Beschluß Mitteilung gemacht. Sie wird am Montag wieder zusammenkommen, um den Wortlaut der Note festzustellen, durch welche der deutschen Regierung Mitteilung von den heute gefassten Beschlüssen gemacht wird.

Die Pariser Morgenpresse zum Beschluß der Botschafterkonferenz.

Paris, 15. Nov. Die Morgenpresse beschäftigt sich mit dem gestrigen Beschluß der Botschafterkonferenz. Der größte Teil der Presse brückt den amtlichen Bericht der Botschafterkonferenz ab und befaßt sich die Würdigung der gestrigen Entscheidung vor, bis morgen der endgültige Text der Mitteilungen, die an die deutsche Reichsregierung ergehen, festgelegt ist. „Matin“, „Journal“, „Echo de Paris“, „Petit Parisien“ und „Deubre“ veröffentlichen jedoch Einzelheiten über die gestrigen Beschlüsse. Wenn man diese Nachrichten zusammenfaßt, ergibt sich folgendes Bild: Was die Räumung der Kölner Zone

betrifft, so haben in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen Mitgliedern des militärischen Komitees von Versailles und Delegierten der Reichsregierung aus Berlin stattgefunden, um die wenigen noch strittigen Fragen über die Durchführung der Entwaffnung zu besprechen. Auf Grund des Ergebnisses dieser Verhandlungen, die noch geführt wurden, als die Botschafterkonferenz gestern abend schon tagte, hat die Konferenz unter Beteiligung von Marschall Foch und seinem Generalstabschef, General Desider, beschlossen, daß die Räumung der Kölner Zone am 1. Dezember beginnen soll. Der Endtermin, an dem sie durchgeführt sein wird, wird in der morgen nachmittag stattfindenden Beratung der Botschafterkonferenz festgelegt werden. Er wird wahrscheinlich

wegen der technischen Schwierigkeiten und wegen der Notwendigkeit, die englischen Besatzungstruppen nach Wiesbaden und Umgebung zu überführen, nicht schon für dieses Jahr, aber zu einem sehr nahen Zeitpunkt, der wahrscheinlich im Monat Januar liegt, festgesetzt werden. Ueber alle mit der Räumung zusammenhängenden Fragen wird morgen eine schriftliche Mitteilung an die deutsche Reichsregierung ergehen. Die Verhandlungen, die bis zum letzten Augenblick noch gestern geführt wurden, erstreckten sich nach dem „Journal“ auf die Frage der Stellung des Generals von Seeck und auf die Frage der Organisation der Polizei. Was die Konzeptionen

betrifft, die in der Frage des Besatzungsregimes beschlossen wurden, und über die dem deutschen Botschafter von Seeck gestern bereits eine Note übermittelt wurde, so beziehen sie sich auf folgende Fragen:

1. Der deutschen Reichsregierung ist die Ernennung eines Reichskommissars für das besetzte Gebiet in der Person des ehemaligen Botschafters in Madrid Freiherrn Langwerth von Simmern zugestanden worden.
2. Es wird eine vollkommene Revision der Ordnungen für das besetzte Gebiet vorgenommen. („Journal“). Deren Zahl wird von 300 auf 30 herabgesetzt. („Echo de Paris“).
3. Die Befugnisse der deutschen Gerichte werden ausgedehnt. („Journal“). Die Kompetenz der Kriegsgerichte wird beschränkt auf Vergehen, die ihnen ihrer Natur nach zukommen. Die deutschen Gerichte werden wieder das Recht haben, über alle anderen Fälle Recht zu sprechen. („Matin“ und „Deubre“).
4. Die Einmischung der Alliierten in die deutsche Verwaltung beschränkt sich von nun an ausschließlich auf die notwendigen Maßnahmen für die Sicherung der Truppen. („Matin“).
5. Das Delegiertensystem im Rheinland wird beseitigt. („Matin“).
6. Es werden weitgehende Umstimmungsmaßnahmen für alle diejenigen erlassen, die im besetzten Gebiet verfolgt wurden, und für diejenigen, die sich auf Grund von Zwischenfällen mit den Besatzungsbehörden Strafverfolgung zugezogen haben. („Journal“).
7. Schließlich ist, wie einige Blätter feststellen, auch eine Revision der Urteile der Kriegsgerichte in Aussicht genommen.
8. Endlich wird ein neues System für die Unterbringung der Truppen geschaffen. Die öffentlichen Gebäude werden freigegeben, was durch eine praktische Regelung der Kasernierung der Besatzungstruppen deren Zahl wesentlich herabgesetzt werden wird, ermöglicht werden soll. („Petit Parisien“ und „Matin“).

Koloniale Rundgebung in Berlin.

Berlin, 15. November. Die Vereinigten Kolonialen Verbände veranstalteten am Sonntag in Berlin eine große Koloniale Rundgebung, in der Vertreter des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten, der Deutschnationalen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung Durchsetzung unserer berechtigten kolonialen Ansprüche forderten. Hat doch erst in Locarno der französische Ministerpräsident Briand die Erklärung abgegeben, daß niemand in der Welt Deutschlands moralisches Recht auf Kolonien bestreiten könne. Zum Schluß der zahlreich besuchten Versammlung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften dringend gebeten werden, für klare unabweisende Wahrung einzutreten, damit den Lebensnotwendigkeiten des entwaflneten und wirtschaftlich gefesselten Deutschlands auch auf kolonialem Gebiet Rechnung getragen wird. Es wird entsprechend der in Wilsons 14 Punkten gegebenen feierlichen Forderung eine gerechte und unparteiliche Regelung der gesamten kolonialen Frage verlangt, aber abgelehnt, etwa das eine oder andere Mandat durch Aufopferung lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes zu erkaufen.

Die Häuptlinge der Eingeborenen Togos für Deutschland!

Eine schiffliche Zeitung verbreitet folgende Nachricht, die allerdings mit größter Vorsicht aufzunehmen ist. „Einer neuesten Mitteilung eingeborener Würdiger zufolge, hat die französische Regierung am 2. September d. J. sämtliche einflussreichen Häuptlinge des Schutzgebietes Togo zusammengerufen und sie ersucht, eine schriftliche Erklärung zu unterzeichnen, welche bezeugt, ein Verbleiben der Franzosen um weitere fünf Jahre im Schutzgebiet gutzuheißen. Die besagten Häupt-

linge lehnten dieses Ansuchen unter Berufung auf ihre rechtliche Stellung als deutsche Untertanen und mit dem Hinweis darauf ab, daß die Franzosen sich durch kriegerische Gewalt in Besitz des Landes gebracht hätten.

Der Palast Primo de Riveras brennt!

Revolutionäre Gärung.

Paris, 14. Nov. Aus Madrid kommt die Sensationsmeldung, daß der Sitz des Direktoriums in Flammen steht. Die offizielle spanische Mitteilung behauptet, der Brand sei durch ein Versehen in der Behandlung der Heizungsanlagen entstanden. Da die Heizungsanlagen in dem betreffenden Palast aber im Erdgeschoß gelegen ist, ist nicht recht ersichtlich, wie ausgerechnet sich die Feuersbrunst mit Windstärke fast ausschließlich in der zweiten Etage des Riesenhauses verbreiten konnte. Die Verhaftung mehrerer Generale und hoher Offiziere wegen einer gegen das Direktorium gerichteten, auf die Ausrufung der Republik hinstellenden Verschwörung ist ein bedenkliches Zeichen für die in Spanien herrschende revolutionäre Gärung.

Die Christen des Libanon mobilisieren gegen die Deutschen.

Paris, 15. Nov. Ein Berichterstatter der „Chicago Tribune“ teilt mit, daß die Christen des Libanon mobilisieren. Eine Armee von Freiwilligen werde gebildet, um das Land vor der Invasion der deutschen Soldaten und der ausländischen Missionen zu retten. Unter den Freiwilligen befinden sich zahlreiche Afro-Amerikaner. Der Aufruf zu den Waffen sei nach der Ermordung von 40 Christen in Kaukasien durch die Krusen erfolgt.

Stresemann über Tragen der deutschen Außenpolitik.

Duisburg, 15. Nov. Anlässlich einer von der Deutschen Volkspartei in Duisburg veranstalteten Versammlung sprach heute Reichsaußenminister Dr. Stresemann über Fragen der deutschen Außenpolitik und führte dabei u. a. aus, ein Ueberblick über die Zeit vom Beginn des Ruhrkampfes bis zur Gegenwart zeige, daß es darauf ankomme, insbesondere den Zusammenhang wirtschaftlicher Ideenverbindungen mit den Forderungen deutscher Außenpolitik auf dem Gebiet deutscher Souveränität und Freiheit im Innern zur Geltung zu bringen. Auf dieser Grundlage hätten die Verhandlungen von London zur Räumung des Ruhrgebietes und zur Räumung der Sanktionsstädte geführt. Derselbe Weg werde von Locarno über die morgen im Kabinett zu beratenden, der deutschen Regierung bekannt gegebenen Erleichterungen für das Rheinland zu einer Politik führen, die uns eine andere Bewegungsfreiheit in Deutschland verbürge. Der Vertrag von Locarno entspreche den Grundlinien der Note der deutschen Regierung vom 20. Juli, und deshalb hätten die deutschen Delegierten auch das Recht der Paraphierung für sich in Anspruch nehmen müssen. Die deutsche Initiative sei erfolgt, um den Bestrebungen entgegenzuwirken, die bereits im Versailler Vertrag als Ersatz für die belgische Neutralität ein einseitiges Abkommen der Alliierten vorgesehen hätten. Noch nach Locarno habe eines der angesehensten und verbreitetsten französischen Blätter davon gesprochen, daß England und Frankreich sich allein verständigt hätten, wenn sie mit Deutschland nicht zur Verständigung gekommen wären. Einer der Hauptzweckpunkte des Vertrages von Locarno liege in der Erzeugung einer gegen Deutschland gerichteten Entente durch einen Gegenseitigkeitsvertrag, der auch Deutschland Schutz und Sicherheit gewähre. Die große fortwirkende Bedeutung von Locarno liege in der Notwendigkeit des Zusammenwirkens der europäischen Wirtschaft, die samt und sonders unter den Wirkungen des Krieges gelitten hätte. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit europäischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit habe dem Vertrag von Locarno die Wege geebnet. Man müsse hoffen und daran arbeiten, daß dieser Gedanke auch in Zukunft einen Boden in Europa finde und sich auswirke in einer politisch friedlicher Zusammenarbeit der Völker.

Daß Locarno der Beginn einer neuen Ära in Europa sein müsse, sei die Auffassung aller derjenigen, die an diesem Vertragswerk mitgearbeitet hätten.

Der Minister ging zum Schluß seiner Ausführungen auf die Frage der Rückwirkungen ein. Die Reichsregierung werde morgen über die Note zu beraten haben, die von Seiten der alliierten Regierungen eingegangen sei, und die Erleichterungen für das Rheinland enthalte und ferner die endgültige Räumung der nördlichen Rheinlandzone ankündige, deren Beginn für den 1. Dezember in Aussicht genommen sei. Das, was man für das Rheinland erwarte, sei wiederholt ausgesprochen worden. Auf Grund des bisherigen Ganges der Verhandlungen könne er nur sagen, daß das Vertrauen, das die deutschen Delegierten dem Worte von Briand, Chamberlain und Vandervelde entgegengebracht hätten, in keiner Weise erschüttert worden sei. Wenn die Reichsregierung auf Grund der bevorstehenden Beratungen ihrerseits zu der Auffassung komme, daß Ja zu dem vorliegenden Gesamtwerk auszusprechen, und das deutsche Volk auffordere, hinter diese Entscheidung zu treten, so müsse man trotz allem, was vorangegangen sei, hoffen, daß unter Hintansetzung aller neuen politischen Erwägungen das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit in dieser wichtigsten außerpolitischen Frage hinter die Regierung trete.

Zentrumsparteitag in Kassel.

Kassel, 15. Nov. In der heutigen Nachmittagsitzung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei fand der von der Zentrumsfraktion des Reichstages gefasste Beschluß, daß in absehbarer Zeit ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen in einer Regierung unmöglich sei, ebenso einseitige Zustimmung, wie das in der Reichstagsfraktion der Fall war. Der Fall Weich soll in voller Öffentlichkeit behandelt werden. Im weiteren Verlaufe der Aussprache bildete sich als Forderung der Zentrumsfraktion der Wunsch nach der Großen Koalition heraus.

Parteitag der Deutschnationalen.

Berlin, 15. Nov. Der ordentliche Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei nahm heute vormittag im Plenarsitzungsaal des Landtages mit einer aus allen Landesteilen des Reiches stark besuchten Tagung der Parteibertreibung seinen Anfang. Der eigentliche Parteitag findet am Montag statt. Zu ihm liegen bereits mehr als 2000 Anmeldungen vor.

Aue
hfr.
-Straße 38.
sellschaft
e. V.
22. Nov.
zeit
erein
nds 8 Uhr
in Alt Aue
weiz
ema.
hr an
usik
Otto's Ww.
gnig.
Uhr ab:
sik
e. Tänze.
Besuch
hubert.
en
aren,
ung
mit Karst-
t. Feigen.
0 in
3 Karton
3 zu
0 1 Pld.
feinsten
arine
8.50
7.00
netto.
p. RM 7.92
en in Oel-
der Fisch-
eknahme.
ner Wahl.
ulderstr. 4
stellungen.
edern
halbwe-
er Wit. 8.
8.—, 10.
14.—
in Nachb-
abma gest-
ten, wö-